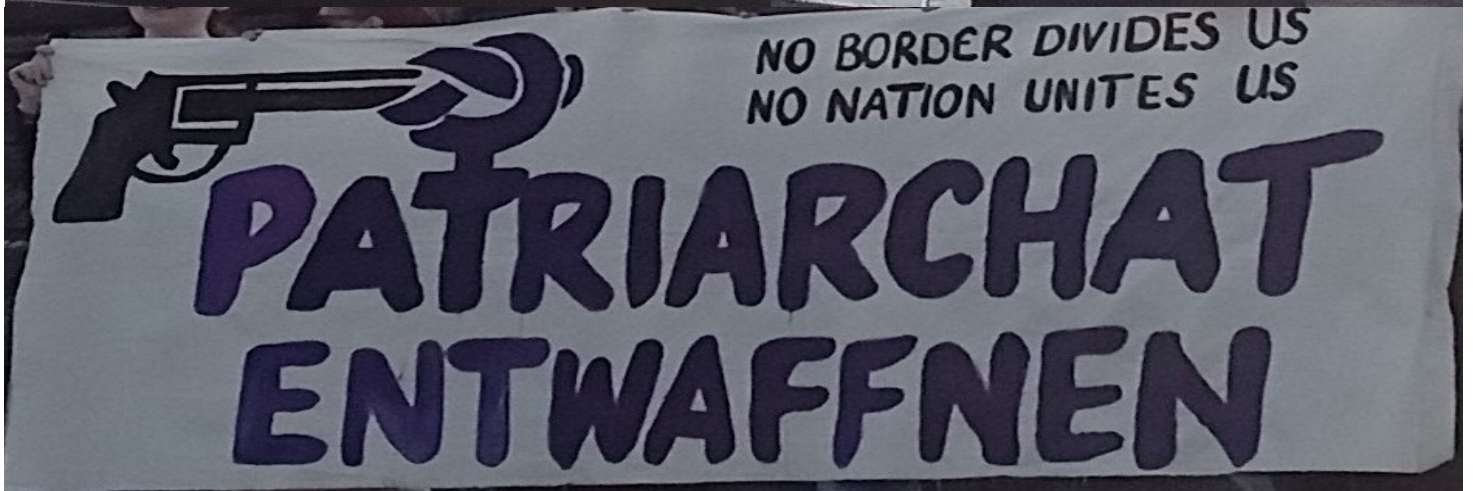




Liebe Mitstreiter*innen,

Ich überbringe Grüße aus der Palästinensischen Gemeinde Koblenz anlässlich des Internationalen Frauentags. Von Palästina über Koblenz bis hin zur ganzen Welt schließen sich palästinensische Feministinnen mit internationalen und lokalen Mitstreiter*innen zusammen, um zu betonen, dass unsere Kämpfe verbunden sind, dass sie sich gegen autoritäre, patriarchale, genozidale und imperiale Gewalt richten.

Vor über 100 Jahren wurde der 8. März von den Mitstreiterinnen um Clara Zetkin ausgerufen, um an den Kampf für Gleichberechtigung und Emanzipation der Frauen zu gedenken. Gleichzeitig wurde damit ein deutliches Zeichen gegen Krieg, Imperialismus und Militarismus gezeigt, weil schon damals klar war, was auch heute noch wahr ist: Krieg, Besatzung, Expansion um Territorium, Siedlungs-Kolonialismus, Naturzerstörung, Hierarchien von lebenswertem und nicht lebenswertem Leben, Unterscheidungen von schützenswertem Leben und nicht schützenswertem Leben dienen nur den Interessen der Klassen von Militär und Wirtschaft. Was viele Feministinnen im globalen Süden schon lange versucht haben zu erklären, wird jetzt weitestgehend (an)erkannt, auch hier in Europa, auch hier in Deutschland, auch hier in Koblenz.

Der Kampf um Befreiung jedoch, der ist international und er ist feministisch und er ist intersektional. Er anerkennt die Verbundenheit der verschiedenen Kämpfe gegen verschiedene Formen von Gewalt, geschlechtsspezifische Gewalt und rassistische Gewalt, Gewalt gegen behinderte Menschen, Gewalt gegen arme Menschen, Gewalt gegen Kinder.

In Palästina kämpfen wir nicht nur gegen das Patriarchat, sondern auch gegen Landraub, gegen Militärbesatzung, gegen Genozid, und gegen Apartheid. Was hat das mit Feminismus in Deutschland zu tun? Feminismus in Deutschland muss sich zunehmend gegen Staatsräson positionieren, also einer Haltung deutscher Regierender und deutscher Institutionen, sich an die Seite Israels zu stellen trotz massiver Menschenrechtsverletzungen, von Genozid bis Angriffskrieg und Landraub, also alles Verbrechen, die das Rückgrat des internationalen Rechts ausmacht.

Feminismus in Deutschland muss sich gegen deutsche Waffenlieferungen stellen. Feminismus muss sich gegen die von der deutschen Regierung betriebene Diskreditierung und Abwertung des internationalen Rechts, der internationalen Gerichtsverfahren und der UN Sonderberichterstatterin *Francesca Albanese* für das von Israel besetzte palästinensische Gebiet, deren Abberufen Deutschland wegen Fake-News aktuell gefordert hatte. Feminismus in Deutschland muss sich positionieren gegen Abkommen über eine intensive Zusammenarbeit zwischen der deutschen Bundeswehr und dem israelischen Militär, gegen Cyber- und Überwachungsverträge zwischen dem deutschen Bundesinnenministerium und dem israelischen Kriegsministerium. Feminismus muss sich gegen Polizei mit noch mehr repressiven Befugnissen stellen, gegen eine deutsche Polizei die in vielen Bundesländern, die tödliche Überwachungssoftware von Palantir einsetzt. Im Bundesland Rheinland-Pfalz wird die Software von *Palantir Technologies* derzeit nicht eingesetzt. Tatsächlich hat sich die Landesregierung von Rheinland-Pfalz ausdrücklich gegen den Einsatz von Palantir-Software bei der Polizei entschieden. Aber schon im angrenzenden Nordrhein- Westfalen und in Hessen sieht das anders aus, und der Druck auf die Bundesländer wächst.

Nochmals, warum ist das so wichtig, die Kämpfe als verbunden Kämpfe zu sehen? Der Genozid gegen Palästinenser durch Israel, wird durch solche Militärintstrumente möglich gemacht. Dass es sich um einen Genozid handelt, bestätigen die weltweit größten Menschenrechtsorganisationen, von Amnesty International, Human Rights Watch, sogar B'Tselem nennt es in ihrem Bericht „Our Genocide“- unser israelischer Genozid.

Es ist historisch präzedenzlos, dass der Internationale Gerichtshof drei mal vorläufige Anordnungen erlässt, um Israel zu verpflichten, einen Genozid zu verhindern. Die Haftbefehle gegen Netanyahu und Gallant enthalten zum ersten Mal das Verbrechen des Aushungerns, zum ersten Mal wird also das Verbrechen des Aushungerns nach internationalem Strafrecht verfolgt. Sowohl die Verbrechen von Genozid als auch des Aushungerns

betreffen Frauen ganz besonders, als Care-Taker, die sich häufig um das Wohl von Familien, Freunde, Nachbarschaften, Ortschaften kümmern.

Der Internationale Gerichtshof erklärt im Genozid-Verfahren gegen Israel, dass ein Völkermord an Palästinenser*innen plausibel sei. Er stellte fest, dass Israels Handlungen den Kriterien von Artikel 2 der UN-Völkermordkonvention auf den ersten Blick entsprechen – darunter Tötung, schwere körperliche und seelische Schäden, lebensbedrohliche Bedingungen und Maßnahmen zur Geburtenverhinderung. Der IGH verwies u.a. auf Daten der Weltgesundheitsorganisation, wonach bereits Ende Dezember 2023 rund 93 Prozent der Bevölkerung im Gazastreifen von Israel ausgehungert wurden, sowie auf UN-Berichte über bombardierte Zufluchtsorte und zerstörte Schulen und Krankenhäuser, sich ausbreitende Infektionskrankheiten. Ein Szenario, dass sich jetzt zunehmend im Iran und im Libanon durch die Bombardierungen Israels und der USA wiederholt.

Der Internationale Gerichtshof bezog sich auch auf Daten der WHO, wonach etwa 15 Prozent der Schwangeren mit Komplikationen zu rechnen haben. Der IGH warnte vor steigender Mütter- und Neugeborenensterblichkeit.

Das Gericht griff auch die reproduktiven Rechte von Palästinenser*innen auf, die in Artikel 2 Absatz 4 der UN-Völkermordkonvention geschützt sind – also das Verbot, Maßnahmen zu ergreifen, die „auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind“. Unter der Überschrift „Maßnahmen zur Verhinderung palästinensischer Geburten“ hieß es, Israels Handlungen träfen „Frauen und Kinder besonders schwerwiegend“; rund 70 Prozent der Getöteten seien Frauen und Kinder. Tausende Vermisste seien vermutlich unter Trümmern begraben. Schwangere Frauen und Kinder – einschließlich Neugeborener – seien zudem besonders stark von Vertreibung betroffen. Es mangle ihnen an Nahrung und Wasser, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen, sie hätten keine Unterkünfte und keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten.

In seiner dritten Anordnung vom 24. Mai 2024 verwies der IGH auf weitere Berichte von UN und UNICEF, Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen: Israels Praxis, palästinensische Männer von Frauen und Kindern zu trennen, während sie entlang angeblich „sicherer Routen“ fliehen sollten, erinnere an die genozidalen Praktiken in Srebrenica. UNICEF warnte zudem vor „katastrophalen Risiken“ bei der Evakuierung von geschätzten 600.000 Kindern, von denen viele behindert, verwaist oder allein seien. Dass der IGH drei Beschlüsse zur Plausibilität des Völkermords aussprach, ist historisch präzedenzlos und adressierte die akute Lage der Palästinenser*innen.

Menschenrechtsorganisationen, palästinensische, israelische und internationale berichten auch auf über die Situation palästinensischer Frauen in israelischen Gefängnissen. Doch während Israel in Deutschland immer noch als Demokratie und Rechtsstaat wahrgenommen wird, gibt es täglich dutzende Festnahmen, Tausende sitzen ohne Anklage und auf unbestimmte Zeit in den Kerkern und sind massiver Folter ausgesetzt. Es gibt zahlreicher Berichte von befreiten Gefangenen, die von sexualisierter Folter sprechen, speziell gegen weibliche und minderjährige Gefangene. Vor allem seit Beginn des Genozids in Gaza ist die Gewalt gegen palästinensische Gefangene ins Unermessliche angestiegen. Dutzende Gefangene sind zu Tode gefoltert worden, und Israel hat kürzlich ein Gesetz auf den Weg gebracht, welches die Todesstrafe ausschließlich für palästinensische Gefangene vorsieht.

Was heißt das alles für feministische Kämpfe hier in Deutschland? Wir müssen diese noch stärker verbinden, noch stärker die internationale und die nationalen Verbindungen erkennen. Wir müssen weiterhin die rechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern einfordern und dabei auch die Mitwirkung, die Komplizenschaft des deutschen Staats aufdecken und auch hier Rechenschaft einfordern.

Wir fordern, keine Beteiligung Deutschlands an israelischen Verbrechen gegen Palästinenser*innen.

Keine Beteiligung an Verbrechen, weder international noch national! !

Ich danke für Ihr Zuhören.